

Hausruf: 2139

Über

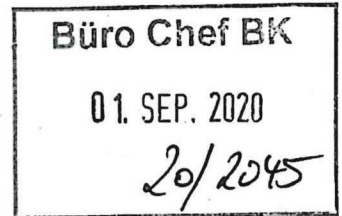
Frau Referatsleiterin 132 KI. 31.08.

Frau Gruppenleiterin 13 i.V. KI. 31.08.

Frau Abteilungsleiterin 1 KI 31.8.

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes *Di. 9.*Frau Leiterin Kanzlerbüro

Kopie:



An 2/9
err. Zak 31/8

Betr.: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

„Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertreten auf den
 Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Aus-
 weis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen“

Ref. 121, 223, 133, 332, 421, 431 621, 623 und 721 haben mitgezeichnet.

I. Votum

Billigung wie unter III. vorgeschlagen.

II. Sachverhalt

Die Fraktion DIE LINKE. stellt eine Vielzahl gleichlautender Kleiner Anfragen zu ver-
 schiedenen Gesetzgebungsvorhaben der BReg. Diese werden von den betroffenen
 Ressorts einheitlich beantwortet. In Frage 9 dieser Kleinen Anfragen wird nach den
 dienstlichen Kontakten des BKAmtes und der Ressorts mit externen Dritten (Ver-
 bände/NGOs/Wirtschaft) im Zusammenhang mit dem jeweiligen Gesetzgebungsvorha-
 ben gefragt. Maßgeblicher Zeitraum ist hierbei der Zeitpunkt der Konstituierung der
 BReg (14. März 2018) bis zum Zeitpunkt der Kabinetttbefassung des Gesetzentwurfes.

Die hier in Rede stehende Kleine Anfrage betrifft das Gesetzgebungsverfahren zum
 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländer-
 rechtlichen Dokumentenwesen, zu dem erneut am 17. März 2020 (erstmalig am 29. Au-
 gust 2018) die Ressortabstimmung eingeleitet worden ist. Die Behandlung im Kabinettt
 erfolgte am 3. Juni 2020.

Mit dem o.g. GE werden Risiken der Manipulation des Passbildes begegnet (so genanntes Morphing) sowie zur effektiven Gefahrenabwehr die Vorschriften zum Abruf der Seriennummer überarbeitet und eine Versionsnummer auf deutschen und ausländerrechtlichen Dokumenten eingeführt. Darüber hinaus führt der GE für Strafgefangene zur Vereinfachung der Wiedereingliederung in die Gesellschaft eine Ausweispflicht ab dem dritten Monat vor Haftentlassung ein. Die Angabe des Geschlechts im Reisepass sowie im ausländerrechtlichen Dokumentenwesen werden an die als Standard vorgesehenen Angaben der internationalen Regeln der ICAO (für männlich, weiblich und anderes Geschlecht / divers) in das Passgesetz übernommen. In Übereinstimmung mit europarechtlichen Vorgaben wird die Geltungsdauer von Kinderreisepässen auf ein Jahr verkürzt und Fingerabdrücke im Speichermedium des Personalausweises künftig verpflichtend gespeichert. Zudem soll das eID-Karten-Gesetz geändert und die eID-Karte (für Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum) für Verwaltungsleistungen (z.B. per Verankerung im OZG) nutzbar gemacht werden.

Die Frage nach den Kontakten soll – wie von der Musterantwort vorgegeben – wie folgt beantwortet werden:

(...) Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche – einschließlich Telefonate – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung zu dieser Kleinen Anfrage sowie zu der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig. Die Abfrage hat folgende Gespräche mit externen Dritten (nur Leitungsebene) bezogen auf den Regelungsgegenstand des Referentenentwurfs ergeben: // Die Abfrage hat keine Gespräche (nur Leitungsebene) mit externen Dritten bezogen auf den Regelungsgegenstand des Referentenentwurfs ergeben. (...)

Die Abfrage der Fachreferate sowie der Büros von ChefBK, StM Dr. Hoppenstedt, StM'in Bär, StM'in Widmann-Mauz und St Geismann hat ebenso wie die Aktenrecherche keine Termine von Frau BK'in, ChefBK, StM Dr. Hoppenstedt, StM'in Bär, StM'in Widmann-Mauz und St Geismann ergeben.

III. Bewertung

Es konnten nach Abfrage der Fachreferate und der Büros keine Termine im Sinne von

Frage 9 der Kleinen Anfrage ermittelt werden, so dass gegenüber dem federführenden Ressort Fehlanzeige gemeldet werden sollte.

BF 31/8



